Nr. 64. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 7. Februar 1896.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Deutscher Landwirthschaftstag.

IV.

Berlin, 7. Februar.

Gestern wurde der deutsche Landwirthschaftsrath geschlossen, zunächst kam die Stellung der Landwirthschaft zu dem Erlaß eines Warrantgesetzes mit besonderer Rücksicht auf die genossenschaftliche Verwerthung des Getreides zur Erörterung und wurde folgende Resolution angenommen:

„Der deutsche Landwirthschaftsrath erklärt: 1. Eine weitere gesetzliche Regelung des Lagerhauswesens und zwar hinsichtlich der Erweiterung des Waarenverkehrs über den Rahmen der geltenden Bestimmungen des H.-G.-B. (Art. 302 und 303) hinaus erscheint in Rücksicht auf den Verkehr mit landwirthschaftlichen Erzeugnissen weder nothwendig noch wünschenswerth. 2. Der deutsche Landwirthschaftsrath hat dieser Ueberzeugung bereits in seiner 18. Plenarversammlung am 26. Februar 1890 einstimmig Ausdruck gegeben. Die Gründe, welche damals zu diesem Beschlusse die Veranlassung gegeben haben, sind inzwischen nicht allein nicht beseitigt, sondern vielmehr sogar verstärkt. 3. Die Ausgabe der übertragbaren Lagerscheine kann die Interessen der Landwirthschaft schwer schädigen, indem sie aller Wahrscheinlichkeit nach die Kaufkraft der Spekulation steigern, das unlautere Termingeschäft fördern und so die ungesunde Art der Preisbildung noch erhöhen dürfte. Auch ist das Bedenken nicht unbegründet, daß durch den Warrantverkehr eine im volkswirthschaftlichen Interesse nicht gelegene Konzentration der einzelnen Handelszweige und in weiterer Folge davon auch eine solche der damit zusammenhängenden Industrien an wenigen Hauptplätzen sich vollziehen dürfte. Kein nennenswerther Vortheil für die Landwirthschaft stünde diesen Nachtheilen gegenüber. 4. Die ländlichen Kornhausgenossenschaften bedürfen für ihre erfolgreiche Wirksamkeit nicht den Warrantverkehr. Derselbe könnte unter Umständen für sie gefährlich werden, indem er sie in Abhängigkeit vom Spekulationshandel brächte, womit ihr eigentlicher Zweck völlig verfehlt wäre. Für sie genügt der einfache Lombard."

Schließlich fand noch eine Besprechung über Maßnahmen zur Schuldentlastung bez. Schulderleichterung des ländlichen Grundbesitzes statt, dieselbe endete damit, daß ein Antrag angenommen wurde: „Der deutsche Landwirthschaftsrath wolle eine Kommission zur Prüfung der Vorschläge, betreffend Schuld-Erleichterung und Entlastung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes einsetzen".

Die konservative Partei und Herr Stöcker.

Ueber die Sitzung des konservativen Elfer-Ausschusses vom 1. Februar bringt die „Kreuzzeitung" einen ihr „von berufener Seite" zugegangenen Bericht, in welchem zunächst mitgetheilt wird, daß von Herrn Stöcker einige Tage vor dieser Sitzung den Mitgliedern des Ausschusses der nachstehende Antrag zugegangen war:

„In Erwägung, daß über die sozialpolitische Haltung der deutsch-konservativen Partei öffentlich Mißverständnisse und Mißdeutungen hervorgetreten sind, welche den nothwendigen Kampf gegen die Sozialdemokratie und andere sozialverderbliche Bestrebungen beeinträchtigen, wolle der Elfer-Ausschuß nachfolgende Erklärung erlassen oder gutheißen: 1. Es ist eine geschichtliche Nothwendigkeit, die Arbeiterbewegung in ihrer Berechtigung anzuerkennen, sofern sie nicht den Umsturz des Bestehenden, sondern auf gesetzlichem Wege einen Antheil der arbeitenden Klassen an der politischen Macht und eine höhere äußere wie innere Lebenshaltung anstrebt. 2. Es ist eine politische Nothwendigkeit, die Sozialreform ohne Rücksicht darauf, wie die Sozialdemokratie und ihre Führerschaft sie aufnimmt, weiterzuführen und auf alle produktiven Stände gleichmäßig zu erstrecken. 3. Es ist eine konservative Nothwendigkeit, den in der kaiserlichen Botschaft von 1881 ausgesprochenen Gedanken eines sozialen Ausbaues korporativer Genossenschaften auf den Grundlagen des christlichen Volkslebens festzuhalten und seiner Zeit zu realisiren."

Der Antrag kam, wie der vorliegende Bericht sagt, am 1. d. M. nicht zur Diskussion, da Herr Stöcker schließlich auf die Berathung kein Gewicht mehr legte. — In der parteioffiziösen Darstellung heißt es weiter:

„Aus der Mitte des Elfer-Ausschusses wurde Herr Stöcker von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß von einem Nackenbeugen in seinem Falle auch bei Annahme der vom Ausschuß gebilligten Erklärung gar keine Rede sein könne, um Nackenbeugen könne es sich nur dann handeln, wenn man Grundsätze aus Opportunitätsgründen oder um Nachtheile zu vermeiden aufgebe. Von einem prinzipiellen Konflikt zwischen ihm und der Auffassung des Elfer-Ausschusses sei keine Rede. Auch aus dem von ihm gestellten Antrage, betreffend die soziale Politik, würden sich nicht unmittelbare grundsätzliche Differenzen ergeben, wenn auch nicht verkannt werden könnte, daß über die Opportunität und auch eine präzisere Fassung des Antrages Erörterungen nothwendig sein würden. Von verschiedenen Seiten aus dem Elfer-Ausschuß wurde Herrn Stöcker auch bemerkt, daß sein Austritt aus dem Elfer-Ausschuß nicht nothwendig seinen Austritt aus der Partei nach sich zöge: was für einen der Leiter der Partei unzuträglich gewesen sei, — seine Beziehung zum „Volk" — sei dies nicht in demselben Maße für ein Mitglied der Partei. Die an Herrn Stöcker gerichtete Bitte, seinen Austritt aus der konservativen Partei des Hauses der Abgeordneten, wenn überhaupt, erst nach reiflicher Ueberlegung auszusprechen, lehnte er mit der Motivirung ab, er sei es seiner Stellung im Lande und seinen Freunden im Lande schuldig, Klarheit zu schaffen, und er lege Gewicht darauf, daß sein Austritt aus der Partei gleichzeitig mit seinem Ausscheiden aus dem Elfer-Ausschuß bekannt werde. Die konservativen Fraktionen des Reichstages und des Hauses der Abgeordneten haben auf den ihnen von den Mitgliedern des Elfer-Ausschusses gehaltenen Vortrag das Verhalten desselben einstimmig gutgeheißen."

In der Auslassung des Herrn Stöcker wird dagegen gesagt, die Krisis habe seit langer Zeit in der Luft gelegen; die Haltung des „Volk" habe mit ihr wenig zu thun gehabt: „Das war nur der todte Strang, auf den die ganze Sache gefahren war, kaum der Anlaß, geschweige denn die Ursache der letzten Entscheidung." Der Gegensatz in der Sozialpolitik sei der eigentliche Trennungsgrund. Gerade in der Sozialpolitik aber befürwortet jetzt der „Reichsb." größere Thatkraft; gerade hier sei die Gefahr des Gegensatzes sehr groß; weitaus die Mehrheit der Partei im Lande stehe auf Seiten der sozialen Reformen. Der „Reichsb." sagt dabei dem Adel einige Wahrheiten. Ob nicht vielleicht dem „Reichsb." bald ebenso mitgespielt wird, wie dem „Volk"? Inzwischen fährt das „Volk" fort, Ergebenheitsadressen an Herrn Stöcker zu veröffentlichen. Der Vorsitzende der deutschkonservativen Partei des Rheinlandes, Dr. Burckhardt-Barmen, auf dessen Antrag Stöcker im Frühjahr 1895 in den Elfer-Ausschuß gewählt worden ist, erhebt gegen das Vorgehen des Ausschusses heftigen Einspruch; er bestreitet der Mehrheit das Recht, die Christlichsozialen als Konservative zweiter Klasse zu betrachten und Herrn Stöcker als gleichberechtigtem Mitglied Vorschriften zu machen. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Max v. Cranach schreibt, das Verfahren des Ausschusses widerspreche der altkonservativen Ueberlieferung: „Ich bleibe ihr treu!"

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. An die hiesige Stadtverordneten-Versammlung ist das nachstehende Dankschreiben des Kaisers ergangen:

„Auch die Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin haben es sich nicht nehmen lassen, Mir zu Meinem Wiegenfeste tiefempfundene Glückwünsche darzubringen. Mit besonderer Freude hat Mich die in der Adresse zum Ausdruck gebrachte zuversichtliche Hoffnung erfüllt, daß aus den hinter uns liegenden Erinnerungsfesten unserem Vaterlande ein dauernder Segen erwachse und fortan alle patriotisch fühlenden Glieder zu gemeinsamer Arbeit an der Hebung der wirthschaftlichen und sittlichen Wohlfahrt unseres Vaterlandes sich werkthätig vereinigen. Herzlich erfreut durch diese Kundgebung kann Ich es Mir nicht versagen, den Stadtverordneten Meinen Königlichen Dank auszusprechen.

Berlin, den 3. Februar 1896.

(gez.) Wilhelm R."

— Wie das „B. T." zu wissen glaubt, wird der Staatssekretär der Marine, Vizeadmiral v. Hollmann, schon in nächster Zeit im Reichstag Gelegenheit nehmen, durch eine Erklärung die in weiten Kreisen gehegten Befürchtungen über die „uferlosen" Marinepläne als gegenstandslos nachzuweisen. Man wird den Darlegungen des Herrn v. Hollmann eine um so größere Tragweite beimessen dürfen, als sie augenscheinlich nicht ohne Ermächtigung von maßgebender Seite vor das Parlament gebracht werden.

— Der Abgeordnete v. Podbielski beantragt beim Reichstage zum Militäretat, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die vom Bundesrath von Zeit zu Zeit festzustellenden Vorspannvergütungssätze zukünftig so hoch bemessen werden, daß für diese Sätze die nach § 3 des Naturalleistungsgesetzes in erster Linie vorgeschriebene Sicherstellung des Vorspanns für die auf Märschen, in Lagern und in Kantonirungen befindlichen Theile der bewaffneten Macht durch Ermiethung ermöglicht wird, was bei der jetzigen Höhe der Vorspannvergütungssätze ausgeschlossen ist. Der Antrag ist von 60 Mitgliedern der konservativen, nationalliberalen und Reichspartei unterstützt.

— Wie das „Volk" hört, ist Dr. Kropatscheck endgültig zum Chefredakteur der „Kreuzzeitung" ernannt worden.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung der Vorlage, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die große Heringsfischerei, nach Maßgabe des Ausschußantrages die Zustimmung ertheilt und außerdem die beantragten Ergänzungen und Abänderungen von Bestimmungen der Anlage B zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands in Bezug auf die Beförderung von Roburit I, Westphalit 2c. und von flüssigem Acetylen und Calcium-Carbid genehmigt. Der Antrag des Königreichs Sachsen, betreffend die Befreiung der mit Pensionsberechtigung angestellten kirchlichen Unterbeamten bei den römisch-katholischen Kirchen der Erblande des Königreichs Sachsen von der Invaliditäts- und Altersversicherung, wurde angenommen. Den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden die Entwürfe von Gesetzen für Elsaß-Lothringen über die Gewerbesteuer und die Wandergewerbesteuer. Außerdem wurde beschlossen, dem Reichstagsbeschluß, betr. Erhebungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen 2c., keine Folge zu geben, und eine Reihe von Eingaben behandelt.

— Der Weimarer Diakonus Graue, den ein Major von Hagen wegen widerchristlicher Lehre angeklagt hatte, erhielt von einer Anzahl angesehener Männer Weimars eine Vertrauensadresse, in der es heißt:

„Wir haben das feste Vertrauen, daß die Anklage gegen Sie an der Weisheit Ihrer vorgesetzten Behörde scheitern wird. Wo Herder, den ein Karl August nach Weimar rief, Licht, Liebe, Leben gepredigt hatte, da kann Niemand um der Dinge willen verfolgt werden, deren Träger für seine Zeit, deren Prophet für unsere Tage Ihr großer Vorgänger gewesen ist. Aber was Ihnen der fleißige Besuch Ihrer Gemeinde im Gotteshause verkündet, davon wollen wir jetzt Ihnen auch auf diesem Wege Zeugniß ablegen und Ihnen zurufen: Treu und dankbar halten wir zu Ihnen. Wirken Sie weiter in dem Geiste, der Sie bisher geführt hat und — Gott segne Sie!"

— Ueber einen „politischen" Geburtstagsgruß an den Kaiser, gegen den nachträglich von Seiten einiger fanatischer Mitglieder des „Bundes der Landwirthe" Protest erhoben wird, meldet man der „Vossischen Zeitung" aus dem Herzogthum Meiningen. Aus Marisfeld bei Themar wurde bei der Feier von Kaisers Geburtstag folgender Huldigungsgruß an den Kaiser abgesandt: „Kriegerverein und Gemeinde Marisfeld bringen Ew. Majestät mit den besten Glückwünschen begeisterte Huldigung dar und ehrerbietigsten Dank für das Wort: „Ich kann doch das Brod nicht künstlich vertheuern." Dieses kaiserliche Wort ist bis in die kleinste Hütte hinein verstanden worden; sowie für das herzerfrischende Telegramm an Präsidenten Krüger-Transvaal. Den Bedrängten beistehen, ist ein schönes Vorrecht der Gewaltigen der Erde. Namentlich aber Dank auch für alle die herrlichen, am 18. Januar gesprochenen Worte. Auch wir erneuern das Gelöbniß der Treue unserm geliebten Kaiser, welcher allezeit für des Volkes und des Landes Ehre und Wohlfahrt einstehen, und welcher ebenso die Rechte des Volkes, auch das allgemeine gleiche Wahlrecht, gegenüber anderen, jetzt offen hervortretenden Bestrebungen schützen wird." Dieser Gruß wollte nachträglich einem Ehrenmitgliede des Marisfelder Kriegervereins, einem der Führer des Bundes in meiningischen Landen, durchaus nicht behagen, und so brachte er es glücklich so weit, daß der Ortsausschuß und der Kriegerverein fünf Tage nach der Absendung des Geburtstagsgrußes folgende „Berichtigung" losließen: „Kriegerverein und Gemeinde Marisfeld erklären hiermit, daß sie mit der Absendung eines Huldigungsschreibens ganz einverstanden waren soweit der Text geht bis zu den Worten: Huldigung dar. Alle weiteren Auslassungen politischer Art liegen dem Kriegerverein und der Gemeinde Marisfeld durchaus fern und es verwahren sich beide hiermit ausdrücklich gegen deren Autorschaft." Merkwürdigerweise kam diese Erkenntniß etwas spät, denn weder an dem Abend des Absendungstages selbst, noch an den folgenden Tagen hatte einer der Kriegervereinsvorstände, oder der Schultheiß oder ein sonstiges Mitglied des Gemeindeausschusses zu erkennen gegeben, daß sie mit dem laut und deutlich verlesenen Huldigungsgruß nicht ganz einverstanden gewesen seien. Erst als der Wortlaut des Grußes in einigen Zeitungen veröffentlicht und dadurch zur Kenntniß des „Leiters" des „Bundes der Landwirthe" im Herzogthum Meiningen gekommen war, besannen sich die braven Ausschußmitglieder auf ihr gut bündlerisches Herz.

— Der würtembergische General-Lieutenant Freiherr v. Falkenstein, der dem Vernehmen nach kommandirender General des 3. Armeekorps werden soll, ist schon mehr als sieben Jahre bei diesem Armeekorps thätig gewesen, wie er denn überhaupt den größten Theil seiner Dienstzeit in den höheren Chargen bei der preußischen Armee zurückgelegt hat. Dem Dienstalter nach ist er seit Einreihung der würtembergischen Offiziere in die Listen der preußischen Armee zur Zeit der fünftälteste Generallieutenant. Sein Vorgänger v. Zingler, Gouverneur von Ulm, v. Brauchitsch, Direktor der Kriegsakademie, von Arndt, Gouverneur von Metz, und Freiherr Schott von Schottenstein, würtembergischer Kriegsminister, können bei Besetzung des durch die Pensionirung des Prinzen von Hohenzollern freigewordenen Armeekorps kaum in Betracht kommen. Freiherr v. Falkenstein gehört der würtembergischen Armee seit 1859 als Offizier an. Er stand zunächst in der Front der Infanterie, kam dann in den Generalstab und machte den Krieg gegen Frankreich als Hauptmann beim Kommando der Felddivision im Bureau der Operationen mit. Nachher wurde er Flügeladjutant und rückte in dieser Stellung bereits 1873 zum Major auf. Vom September 1874 bis Juli 1879 kommandirte er das Füsilierbataillon des 125. Regiments in Stuttgart, dann wurde er als Oberstlieutenant in den Generalstab versetzt und zur Dienstleistung beim großen Generalstabe nach Berlin kommandirt. Am 23. Juni 1881 wurde er, nachdem er schon vorher einige Zeit zum Stabe des 3. Armeekorps kommandirt war, zum Chef des Generalstabs bei diesem Armeekorps ernannt. Er blieb $4^1/_4$ Jahre in dieser Stellung und wurde dann als Oberst zum Kommandeur des Leib-Inf.-Regts. in Frankfurt a./O. ernannt. Im Herbst 1888 kehrte er nach Würtemberg zurück und wurde Generalmajor und Kommandeur der 52. Infanterie-Brigade in Ludwigsburg. Am 23. November 1890 wurde er unter Beförderung zum General-Lieutenant zum würtembergischen Kriegsministerium kommandirt, aber schon am 14. Januar 1891 zum Kommandeur der 3. Division in Stettin ernannt. Am 7. Juli 1892 wurde er von diesem Posten enthoben und zum dienstthuenden General-Adjutanten des Königs von Würtemberg ernannt, in welcher Stellung er seitdem verblieben ist.

— Ueber die Person des neuen türkischen Botschafters zu Berlin, Ghalib Bey, kann die „Orient. Korr." Folgendes mittheilen:

„Ghalib Bey entstammt einer altbekannten Stambuler Beamtenfamilie und steht am Ende der vierziger Jahre. Sehr jung begann er seine Beamtenlaufbahn im Ministerium des Aeußern und avancirte bald zum Souschef eines der Departements im Auswärtigen Amt. Anfang der achtziger Jahre finden wir ihn als General-Konsul in Batavia und später in Bombay thätig, wo er sich unter schwierigen Verhältnissen vorzüglich bewährte. Von letzterem Posten nach der türkischen Hauptstadt zurückberufen, wurde er zum Chef des Rechtsdepartements im Ministerium des Aeußern ernannt. Während des Aufstandes auf der Insel Kreta im Jahre 1884 wurde Ghalib Bey in außerordentlicher Mission dem damaligen Generalgouverneur und Pazifikator der Insel, Marschall Schakir Pascha, als Muavim (Adjunkt) attachirt und trug als solcher vornehmlich zu den Erfolgen Schakir Paschas bei. Nach Beendigung seiner Mission auf der Insel Kreta kehrte Ghalib Bey für einige Zeit auf seinen Posten als Chef des Reichsdepartements im Auswärtigen Amt zurück, um dann als Gesandter nach Athen zu gehen, wozu ihn seine kretensischen Vorstudien vorzüglich qualifizirten. Nachdem er noch den Posten eines Botschafters zu Teheran für einige Zeit bekleidet hatte, ging er vor etwa $1^1/_2$ Jahren als Botschafter nach Wien, von wo er bekanntlich an den Berliner Hof versetzt worden ist, als Nachfolger Tewfik Paschas, des jetzigen türkischen Ministers des Aeußern.

— Die Vereinigung wissenschaftlicher Hülfslehrer der Provinzen Westpreußen, Posen, Brandenburg, Schlesien und Hessen-Nassau haben dem Abgeordnetenhause eine Petition unterbreitet, worin um Berücksichtigung folgender Wünsche bei Berathung des Etats ersucht wird: 1. Sämtliche etatsmäßigen Hülfslehrerstellen, welche zwei Etatsperioden bestehen, sich also als dauernde, durch das Unterrichtsbedürfniß begründete Stellen erwiesen haben, sind in Oberlehrerstellen umzuwandeln. 2. Die durch Ministerialerlaß von 1876 festgesetzte Maximalschülerzahl ist nicht zu überschreiten. Anzustreben ist eine Verminderung nach den Beschlüssen der Dezember-Konferenz. 3. Die vollbeschäftigten Hülfslehrer bekommen das Mindestgehalt der Oberlehrer ohne Wohnungsgeldzuschuß, d. h. gegenwärtig 175 Mark monatlich; sonst verbleibt es bei den durch die Ausführungsbestimmungen zum Normaletat angeordneten Sätzen. 4. Das für das Aufrücken im Gehalt maßgebende Dienstalter ist nach dem Datum der erlangten Anstellungsfähigkeit zu bestimmen. 5. Bei Besetzung von Oberlehrerstellen an staatlichen Anstalten ist die Anziennetät genau zu beobachten und ihre Einhaltung auch bei städtischen und stiftischen Anstalten zu erstreben. 6. Erledigte Oberlehrerstellen sind sofort zu besetzen. 7. Der wissenschaftliche Unterricht an höheren Lehranstalten ist nur von akademisch gebildeten Lehrkräften zu ertheilen. Eine ausführliche Begründung weist, wie wir der „Frankf. Ztg." entnehmen, die Nothwendigkeit dieser Forderungen an zahlreichen Einzelfällen nach. U. a. wird die große Zahl unbesetzter Oberlehrerstellen hervorgehoben, die z. B. im November 1894 98 betrug und dazu führte, daß diese Stellen oft sehr lange durch Hülfslehrer verwaltet wurden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Februar. Die Regierung hat sich heute in der Kurien-Kommission des böhmischen Landtages endlich bewogen gefunden, sich offen für die Wünsche der Deutsch-Böhmen in Bezug auf Schaffung nationaler Kurien auszusprechen und zu erklären, daß sie den größten Werth darauf lege, daß das deutsche Volk in Böhmen die ihm nach Bedeutung und Stellung zukommende Vertretung sowohl im Landesausschusse, dem die Verwaltung des Landes, als gewähltem Exekutivorgan des Landtages, zusteht, als auch in den Landesinstituten und Landtagskommissionen erhalte. Die Regierung appellirte an den Patriotismus der Parteien, daß dieselben bestrebt sein werden, den beiden Volksstämmen im Königreiche Böhmen ihr Recht zu gewähren. Mit dieser Erklärung, welche der Vertreter der Regierung abgab, hat das Kabinet Badeni den Wünschen der deutschen Abgeordneten entsprochen, die mit Befriedigung hiervon Kenntniß nahmen. In der Sache selbst hat sich inzwischen wenig geändert. Der feudale Großgrundbesitz unterstützt zwar die Anträge auf Bildung nationaler Kurien, allein die Czechen stehen denselben vollständig ablehnend gegenüber. Da zur Beschlußfassung über die Anträge (welche in der Kommission inzwischen erfolgt ist. Die Red.) eine qualifizirte Mehrheit nothwendig ist, so ist die Annahme derselben im Plenum ganz aussichtslos. Die Czechen betrachten sich deshalb als Herren der Situation. Bisher haben sie immer von Gleichberechtigung beider Nationen im Lande gesprochen. Was sie unter dieser Gleichberechtigung verstehen, haben sie nun ohne Rückhalt ausgesprochen. Sie pochen auf ihre numerische Uebermacht im Lande und verlangen, daß ihnen dem entsprechend eine größere Vertretung eingeräumt, ein größerer Einfluß auf die Angelegenheiten des Landtags gewährt werde. Die Parität der beiden Volksstämme in formalen Angelegenheiten, die seit Beginn der parlamentarischen Aera im böhmischen Landtag anerkannt wurde, wird nun von den Czechen in Frage gestellt und als ungerecht bekämpft. Diese Zumuthung lehnen die Deutschen mit aller Entschiedenheit ab. Sie werden es sich nicht gefallen lassen, künftig von der Gnade der Czechen abzuhängen. Je ärger diese es treiben und je stärker sie auf ihre Uebermacht pochen, desto lauter wird in Deutschböhmen das Verlangen nach administrativer Trennung erhoben. Die Czechen haben auch den Kampf gegen den Großgrundbesitz eröffnet, welcher in diesen formalen Fragen vorläufig auf Seiten der Deutschen steht. Wie die Dinge liegen, kann die Frage der Errichtung nationaler Kurien in dieser Landtags-Session nicht zur Erledigung gelangen. In wenigen Tagen wird die Session geschlossen, und die Parteien werden wieder Gelegenheit finden, sich auf dem Boden des Reichsraths zu messen, wo gleich in der ersten Sitzung die Wahlreform eingebracht werden wird. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Badeni'sche Wahlreform im Reichsrathe durchdringen wird. Die Linke acceptirt sie, weil sie einer Erweiterung des Wahlrechtes nicht opponiren darf, ohne das Odium auf sich zu laden, sie trete jeder Wahlreform entgegen, die, wenn auch neben der Interessen-Vertretung, den untersten Volksschichten die Möglichkeit bietet, in einer neuen Wahlkurie an der Vertretung der Volksinteressen Theil zu nehmen. Die Opposition, die sich prinzipiell auf den Standpunkt des allgemeinen direkten Wahlrechts gestellt hat, erklärt zwar den Wahlreform-Entwurf für unzureichend, wird denselben aber schließlich acceptiren in der sicheren Erwartung, daß die neu zu schaffenden 72 Mandate zum allergrößten Theil ihren Parteigenossen zufallen müssen, und daß es ihr mit Hülfe derselben gelingen wird, in kurzer Frist die Interessen-Vertretung ganz zu beseitigen und die Deutsch-Liberalen auch im Reichsrathe in die entschiedene Minderheit zu bringen.

Belgien.

Brüssel, 6. Februar. In der heutigen Kammersitzung fand ein heilloser Skandal statt. Die Sozialisten insultirten den König in der gemeinsten Weise. Demblon rief, der König erniedrigte seine Majestät bei Pariser Halbweltdamen. Hierauf brach ein ungeheurer Tumult aus. Das Haus sprach seinen Abscheu über die schweren Beleidigungen des Königs aus.

Frankreich.

Paris, 6. Februar. In der Deputirtenkammer setzte der Kommissionsberichterstatter heute die Darlegung der Gründe fort, welche die Enquetekommission veranlaßten, die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den Exminister Raynal abzulehnen. Die Kommission habe zunächst festzustellen gehabt, ob Raynal oder ein anderer Beamter durch Bestechung bewogen worden sei, den Eisenbahngesellschaften die Konventionen des Jahres 1883 zuzugestehen. Die Kommission habe festgestellt, daß aus den Kassen der Gesellschaften kein Geld zur Bestechung Raynals entnommen sei. Die Kommission habe sich dann gefragt, ob die Konventionen wirklich derart seien, daß der Abschluß nur durch Bestechungen zu erklären sei. Sie habe sich überzeugt, daß die Konventionen mehr der Situation des Jahres 1883 als der Initiative Raynals zuzuschreiben seien. Der Berichterstatter Darlan verliest die Erklärungen der Sachverständigen, welche besagten, daß Raynal keine Pflichtverletzung zur Last falle. Er schließt seine mehrstündige Rede unter Heiterkeit und Beifall des Zentrums mit der Verlesung der früheren Rede des zu den Anklägern Raynals gehörenden radikalsozialistischen Abgeordneten Pelletan, der ausgeführt hatte, daß man nicht Anklagen erheben dürfe, wenn man nicht zwingende Beweise besitze. Nachdem noch der Radikale de la Porte in einstündiger Rede die Konventionen kritisirt hatte, wurde die Debatte auf Sonnabend vertagt. Der Berichterstatter Darlan hatte bei Beginn der Sitzung als Supplement seines Rapports die Liste der Journale vertheilen lassen, die im Jahre des Abschlusses der Konventionen Gelder von den Eisenbahngesellschaften empfangen haben. Unter der Rubrik „Abonnementsgelder" stehen der „Rappel", „National", „Soir", „Radikal" und andere mit 18 000 Franks, der „Figaro" mit 80 000 Franks verzeichnet. Die Gesamtsummen der aufgeführten „Publizitätsgelder" betragen etwa zwei Millionen Franks.

Italien.

Rom, 6. Februar. Die „Tribuna" erklärt das in Paris in Form einer Depesche aus Kairo verbreitete Gerücht, wonach Menelik gegen Zahlung einer Million Thaler der Garnison von Makalle militärische Ehren bewilligt hätte, für eine Schändlichkeit.

England.

London, 6. Februar. Wie das „Reuter'sche Bureau" erfährt, wurde in einer gestern stattgehabten Sitzung der Direktoren der „Südafrika-Gesellschaft" beschlossen, in Gemeinschaft mit den Direktoren der „Beira-Gesellschaft" Schritte zu thun behufs sofortiger Verlängerung der Beira-Bahn von Chimoio bis Umbali; hierdurch würde das ganze Gebiet der Niederung innerhalb der portugiesischen Sphäre von der Eisenbahn durchkreuzt werden, Maschinen und Waaren würden von der Küste direkt nach dem Gebiet der „Südafrika-Gesellschaft" befördert und die Frachtsätze bedeutend reduzirt werden; die Verlängerung der Bahn von Umbali bis Salisbury, der Hauptstadt Rhodesias, werde alsdann unverzüglich erfolgen."

Bulgarien.

Sofia, 6. Februar. Zur Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten Stoilow nach Konstantinopel erfährt die „Agence Balcanique", daß Stoilow einer indirekten Einladung des Sultans gefolgt und daß er bei seiner Ankunft in Konstantinopel auf dem Bahnhofe von zwei Beamten des Palastes, sowie von einem Sekretär des Großveziers und dem Adjunkten des Stadtoberhauptes empfangen und im Namen des Sultans begrüßt worden sei, welch letzterer zwei Hofequipagen zur Verfügung Stoilows gestellt habe. Auch hätte der Sultan für den Ministerpräsidenten in einem Hotel ersten Ranges in Pera Wohnung bereit halten lassen.

Das Bureau der Sobranje ist dahin verständigt worden, daß Prinz Ferdinand am Sonnabend die Mitglieder der Sobranje in corpore empfangen werde, um den Dank derselben entgegen zu nehmen für seinen Entschluß, den Prinzen Boris orthodox taufen zu lassen.

Afrika.

Der Korrespondent des „Reuterschen Bureaus" erhielt eine offiziöse Mittheilung über die Lage in Johannesburg, welche die Behauptungen des angeblich von britischen Einwohnern an die „Times" gesandten Telegrammes für durchaus unwahr erklärt. Ein derartiges Telegramm ist an keinem Telegraphenamte Transvaals aufgegeben worden. Von einer Unterdrückung der Redefreiheit und des Versammlungsrechtes ist keine Rede. Die Boerentruppe befindet sich sechs Meilen von der Stadt entfernt, sie hat Befehl, die Stadt nicht zu betreten, und behelligt Niemand. Die Geschäftslage nimmt allmälig wieder ein normales Aussehen an. Die Regierung ist bemüht, dem Arbeitermangel abzuhelfen, und es sind bereits mehrere Abtheilungen von Arbeitern nach dem Rand gesandt worden. Die politischen Aussichten haben sich gebessert. Die Untersuchung in der Angelegenheit des Reformkomitees in Johannesburg hat vor dem Gerichtshof in Pretoria begonnen. Heute machten einige Zeugen Aussagen über die Lage in Johannesburg seit der Uebernahme der Kontrolle der Stadt durch das Reformkomitee.

Der Streit in der Konfektions-Industrie.

Die „National-Zeitung" schreibt in ihrer Abendausgabe vom 5. Februar:

„Am 10. Februar soll in der Berliner Konfektions-Industrie die Arbeitseinstellung der Schneider und Schneiderinnen beginnen, über deren Vorbereitung im lokalen Theil unseres Blattes wiederholt berichtet worden; Meldungen in der sozialdemokratischen Presse stellen einen gleichzeitigen Streik in anderen Städten, Hamburg, Stettin, Breslau 2c. zur Unterstützung in Aussicht, während z. B. aus Magdeburg berichtet wird, daß er dort abgelehnt worden.

Das Verlangen der Arbeiter und Arbeiterinnen der „Konfektions"- und zwar ebenso der Kleider- und Mäntel-, wie der Wäsche-Industrie nach einer Erhöhung ihrer Löhne muß im Allgemeinen als gerechtfertigt anerkannt werden. Wie es auch um die Genauigkeit der Lohnangaben in den Agitationsversammlungen stehen mag — es ist zweifellos, daß die große Masse der in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte erschreckend niedrig bezahlt wird; wohl jeder, der gelegentlich in den Geschäften, aus denen er seinen Bedarf bezieht, sich nach den Lohnverhältnissen erkundigt, ist immer von neuem über die Traurigkeit derselben erschrocken. Es ist auch unzweifelhaft, daß eine Erhöhung dieser Löhne möglich ist,

welche materielles Elend und sittlichen Verfall, namentlich der Arbeiterinnen, als fast nothwendige Folge der Beschäftigung in diesem Gewerbszweige ausschließen würde; dazu ist nur eine geringe Steigerung der Verkaufspreise erforderlich. Die hauptsächlichste Schwierigkeit scheint denn auch nicht hier, sondern in der Organisation dieser Industrie zu liegen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden überwiegend, und namentlich seitens der großen Geschäfte nicht von diesen selbst, sondern von Zwischenpersonen angenommen, von „Meistern", welche von den Geschäften die Aufträge, den Stoff und die Bezahlung erhalten und ihrerseits die Arbeitskräfte anleiten, beschäftigen und bezahlen. Wie weit es begründet ist, daß von diesen Mittelsmännern eine verwerfliche Ausbeutung betrieben wird, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls komplizirt der Streit sich durch diese Organisation des Gewerbes außerordentlich. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wäre durch das Zugeständniß einer Lohnerhöhung seitens der Geschäfte wenig geholfen, wenn sie keine Garantie dafür erhielten, daß der Mehrbetrag nicht schließlich in den Taschen der Meister bliebe. Sie verlangen deshalb die Errichtung von Werkstätten, in denen die Arbeit unmittelbar für die Geschäfte erfolgen würde. Viele Industrielle erklären diese Forderung, insbesondere wegen des Umfanges, welchen die Werkstätten der großen Geschäfte haben müßten, für unausführbar.

Wie weit sie dies in der That ist, wie weit bei der Ablehnung vielmehr die begreifliche Scheu vor einer tiefgehenden Umwälzung des gewohnten Betriebes mitwirkt, mag hier ununtersucht bleiben; nur beiläufig sei bemerkt, daß einzelne bedeutende Firmen eigene Werkstätten besitzen. Jedenfalls ist klar, daß aus dem dargelegten Stande der Dinge sich für die Theilnehmer eines etwaigen Streikes, ein Kampf mit zwei Fronten, die Aussicht ergiebt, von den Meistern an die Industriellen und von diesen an die Meister gewiesen zu werden, auch wo eine Berechtigung der Forderungen nach einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse anerkannt wird. Dazu kommt, daß weder eine ernstliche Organisation für einen Lohnkampf, noch erhebliche Geldmittel vorhanden sind, so daß mit Sicherheit die Niederlage der Streiker vorherzusehen ist. Größere Noth vieler Familien und Einzelner und eine Erbitterung, welche der Sozialdemokratie neue Anhänger zuführt, dürfte das Ergebniß der Arbeitseinstellung sein. Wohl in dieser Voraussicht, nicht in der Erwartung eines Erfolges wird die Bewegung seitens der Sozialdemokratie gefördert.

Das ist eine traurige Sachlage, sie ruft die Frage hervor, ob nicht etwas geschehen könnte, um eine durch wirkliche Uebelstände veranlaßte und dennoch allem Anschein nach aussichtslose Arbeitseinstellung zu verhüten, gleichzeitig aber eine wirksame Anregung zur Betriebsreform innerhalb des Konfektionsgewerbes zu geben. Sollte sich die Gewerbedeputation des Magistrats oder das Berliner Gewerbegericht nicht zu einem derartigen Versuche berufen fühlen? Eine Umwandlung des Betriebes in einer großen Industrie läßt sich selbstverständlich nicht improvisiren, am wenigsten, wo umfassende Bauten die Voraussetzung sind. Aber vielleicht ließe sich in einer von unparteiischer Seite veranlaßten und geleiteten Erörterung von Vertretern der Industriellen, der Meister und der Arbeiter beiderlei Geschäfts Klarheit darüber gewinnen, ob eine durchgreifende Umwandlung des Betriebes überhaupt in Aussicht genommen werden kann, ferner von welchen Voraussetzungen sie abhängig ist, endlich was im Falle ihrer etwaigen Aussichtslosigkeit oder für die Zwischenzeit bis zu ihrer Durchführung zur Besserung der Arbeitsverhältnisse geschehen könnte. Es wäre beschämend und in hohem Grade schädlich, wenn ein öffentlicher Versuch des Ankämpfens gegen Uebelstände, welche nicht zu leugnen sind, wie der gegenwärtige Anlauf zu einer Arbeitseinstellung ein größeres Elend zur Folge hätte."

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 7. Februar. Herrn Esser, dem zweiten Vorstandsbeamten der Reichsbankhauptstelle, ist der Charakter als kaiserlicher Bank-Rath verliehen worden.

* Bei außerordentlich regem Besuch veranstaltete gestern der Katharinen-Verband in der Abendhalle ein Wohlthätigkeits-Konzert zum Besten armer Näherinnen. Eine Anzahl geschätzter Dilettanten hatte sich in liebenswürdigem Entgegenkommen zur Mitwirkung bereit finden lassen und fanden die musikalischen Darbietungen derselben freundliche Aufnahme. Besondere Anziehungskraft gewann das Konzert unstreitig durch das Auftreten von Frau König-Magnus; die beliebte Künstlerin, welche schon bei ihrem Erscheinen mit Beifall begrüßt wurde, verstand es gestern wieder, durch ihren vollendeten Vortrag die Hörer zu fesseln. Zarte Innigkeit entfaltete die Sängerin in den beiden Liedern „Tom der Reimer" und „Zeislein" von Löwe, sowie in dem Heegewald'schen „Nun ist der Tag geschieden", doch verfehlte auch Alabieff's „Nachtigall", ein Bravourstück par excellence seine Wirkung nicht und mußte sich Frau König-Magnus schließlich noch zu einer kleinen Einlage verstehen. Die ganze Veranstaltung nahm einen recht ansprechenden Verlauf und dürfte ebenso der finanzielle Erfolg den gehegten Erwartungen entsprochen haben, was in Anbetracht des guten Zweckes mit Freude zu begrüßen ist.

— Die Pommersche Gastwirthe-Vereinigung beging gestern Abend im Saale der „Randower Molkerei" die Feier ihres 46. Stiftungsfestes und hatten sich Mitglieder und Gäste in so großer Zahl eingefunden, daß der geräumige Saal kaum ausreichte. Nach einigen einleitenden Konzertstücken von Mitgliedern der Artillerie-Kapelle begrüßte der Vorsitzende, Herr R. Dethloff, die Anwesenden und gab in längerer Rede ein Bild von der Entwickelung der Vereinigung, welche in den letzten Jahren immer mehr das Interesse der Standesgenossen finde und in Folge dessen fortgesetzt in der Mitgliederzahl steige. — Darauf sprach eine junge Dame einen schwungvollen Prolog und es erfolgte nach altem bewährtem Brauche eine Prämiirung Treudienender. Der Oberkellner Franz Funke von Timm's Hotel (Inhaber Herr Bürch) erhielt für sechsjährige treue Dienste die silberne Medaille, ferner wurden für dreijährige treue Dienstzeit Diplome zu ertheilt der Wirthschafterin Irmler bei Herrn Restaurateur Kienast-Grabow und der Wirthschafterin Bertha Köpke bei Herrn Naß. An die Prämiirungsfeier schloß sich ein gemeinsames Abendessen, bei welchem es an ernstgemeinten Toasten, sowie an einem humoristischen Lied nicht fehlte. Den Beschluß des Festes bildet ein Ball, der sich bis zur frühen Morgenstunde hinzog.

* In Stöwen brannte gestern Abend eine dem Bauern Bagemühl gehörige, mit Vorräthen gefüllte Scheune nieder. Ein zweijähriges Fohlen kam in den Flammen um.

* Auf dem an der Silberwiese liegenden Dampfer „Breslau" verunglückte heute Vormittag der Arbeiter Gustav Malchinsky durch Sturz in den Schiffsraum und erlitt schwere innere und äußere Verletzungen, sodaß er mittels des Feuerwehr-Krankenwagens in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte.

— Wegen Benutzung zu großer Bierseidel ist, nach einer Meldung der „Berliner Gastwirthszeitung", ein schlesischer Gastwirth von der Polizei in Strafe genommen worden. Der betreffende Restaurateur hatte etwa 30 Bierseidel, die auf $^4/_{10}$ geaicht waren, jedoch einen größeren Inhalt besaßen. Der Wirth, der keine Ahnung davon hatte, schänkte diese Gläser zu seinem Schaden stets vorschriftsmäßig „voll" aus. Hinter diese „betrügerische" Manipulation kam aber die Polizeibehörde gelegentlich einer Kontrolle und ahndete die „Gesetzübertretung"; sie konfiszirte sämtliche Gläser, und außerdem ist der Schankwirth dafür, daß er den Gästen mehr Bier, als er es nothwendig hatte, geschänkt, zu einer Geldstrafe verurtheilt worden.

Bellevue-Theater.

„Die Mütter", ein Schauspiel von Georg Hirschfeld, welches sich auf dem Spielplan des Deutschen Theaters in Berlin fortgesetzt als zugkräftig erweist, lernten wir gestern im Bellevue-Theater kennen und auch hier hatte die Novität einen recht erfreulichen Erfolg zu verzeichnen. Wie in allen neueren Schauspielen ist auch in „Die Mütter" die realistische Richtung vertreten und zwar in recht ausgeprägter Weise, besonders der zweite Akt läßt darin nichts zu wünschen übrig und dient als Beweis, daß der Verfasser die Schattenseiten des Berliner Lebens bereits sehr eingehend studirt hat und dies muß ungemein frühzeitig geschehen sein, denn Herr Georg Hirschfeld ist erst 21 Jahre alt und da das Stück bereits vor zwei Jahren geschrieben ist, war er damals noch sehr jung und es muß wundern, wie er in diesen Jahren bereits zu solchen Studien gekommen. Daß er dieselben eingehend im Lager der „Enterbten" vorgenommen, beweist der zweite Akt, daß ihm aber das Leben im Salon noch etwas fremd ist, zeigt die Sprache, welche er seine Salontypen führen läßt. Aber das Gesamtwerk läßt doch erkennen, daß man in dem Verfasser ein vielversprechendes Talent auf dramatischem Gebiete begrüßen kann; die Charakteristik der einzelnen Personen ist recht gelungen, die Idee ist nicht übel und einige Scenen zeugen von entschiedenem Geschick im Aufbau. Die Handlung ist kurz die folgende: Die Eheleute Frey haben stark unter dem Einfluß ihres Schwagers Ludwig Frey gelebt und dem Einschreiten desselben war es besonders zuzuschreiben, daß der Frey'sche Sohn Robert aus dem elterlichen Hause gewiesen wurde, weil er mehr Hang zum Musikstudium als zum kaufmännischen Beruf zeigte und mit der in der väterlichen Fabrik beschäftigten Silberpolirin Marie Weil ein Liebesverhältniß angeknüpft hat. Selbst als der alte Frey stirbt, wird Robert davon nicht in Kenntniß gesetzt, sondern erfährt die Todesnachricht aus der Zeitung. Er hat inzwischen bei seiner Geliebten Unterkunft gefunden, welche mit ihrer Tante Printz und deren Tochter Grete eine gemeinsame Wohnung inne hat. Marie ist ein Mädchen aus dem Volke mit etwas beschränktem Bildungskreis, sie lebt in der Liebe zu ihrem Robert, hängt in unwandelbarer Treue an demselben und arbeitet Tag und Nacht, um ihn vor Hunger zu schützen. Robert fühlt sich an das Mädchen gebunden, ob er sie liebt, weiß er selbst nicht, aber er ist sich bewußt, daß er ihr Dankbarkeit schuldet. Aber die Umgebung, das freie Leben der Verwandten seiner Geliebten verfehlen nicht, Eindruck auf den ideal angelegten Menschen zu machen, er verliert den Muth zur Arbeit, das Vertrauen zu sich selbst und nach zwei Jahren ist er ein geistig verkommener Mensch, welcher nicht mehr den Muth hat, sich von seiner Umgebung zu reißen. Da liest er die Nachricht von dem Tode seines Vaters und er sendet seiner Schwester Hedwig einen Brief, in welchem die Sehnsucht nach seinem Heim Ausdruck findet, und einem Freunde seiner Familie, dem Musiker Munk, gelingt es, den verlorenen Sohn zu einem Besuche von Mutter und Schwester zu bewegen, wo er herzlichste Aufnahme findet. Doch Marie will den Geliebten nicht von sich lassen, sie eilt ihm nach und fordert ihn als ihr rechtmäßiges Eigenthum zurück, da sie mit ihm nicht nur den Geliebten, sondern auch den Vater ihres Kindes verlieren würde. Aber die Liebe Roberts zu seiner Mutter und seiner Familie ist stärker, als zu ihr, er entscheidet sich zur Trennung von der Geliebten, über deren und deren Kindes Schicksal die Zuschauer beim letzten Fallen des Vorhanges noch im Unklaren bleiben.

Die Darstellung machte unter der Regie des Herrn Werthmann dem Bellevue-Theater wieder alle Ehre, besonders war es der zweite Akt, welcher die Zuschauer fesselte und dieselben wiederholt zu stürmischer Heiterkeit hinriß. Frl. Schipping (Marie), Frl. Kroschar (Tante Printz) und Frl. Wille (Grete) statteten die Frauen aus dem Volke mit so treffender Natürlichkeit in realistischer Auffassung aus, daß die Wirkung nicht ausbleiben konnte, ebenso gab Herr Stern den „Robert" in vorzüglicher Charakteristik, seine Sprache wie seine Bewegungen zeigten den gänzlich verbummelten, an sich selbst zweifelnden Menschen, dem auch bei dem plötzlichen Aufsteigen der Erinnerung an frühere, bessere Tage die Töne der warmen Empfindung nicht fehlten. Ebenso führte im 2. Akt Herr Herrmann die Episodenrolle des „Laufburschen Josef" mit Geschick, wenn auch nicht ohne Uebertreibung, durch. Doch auch die Träger der übrigen Rollen traten auf das vortheilhafteste hervor, besonders verdienten die Damen Frl. Kühling (Frau Frey), Frl. Makay (Hedwig), Fr. Lach (Frau Munk) und die Herren Werthmann (Paul Munk) und Stoppel (Onkel Ludwig) Anerkennung.

Die Aufführung fand bei dem ziemlich zahlreichen Publikum freundliche Aufnahme. Der anwesende Verfasser wurde mehrfach gerufen.

R. O. K.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 7. Februar. Die 3. Strafkammer des Landgerichts verurtheilte in der heutigen Sitzung den Arbeiter August Wolkner und dessen Ehefrau, Martha geb. Busse, von hier wegen Kuppelei zu 1 Monat bezw. 3 Wochen Gefängniß. Die Verhandlung wurde bei verschlossenen Thüren geführt.

Landwirthschaftliches.

An der Universität Halle studiren im laufenden Winter-Semester 1895—96 mit Einschluß der nachträglich Immatrikulirten und 21 Hospitanten 280 Landwirthe von Beruf. Hiervon gehören 6 der Provinz Pommern an.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 7. Februar. Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung hatte die Wahl eines Stadtbauraths an Stelle des Herrn Blankenstein zu vollziehen. 108 Stimmzettel wurden abgegeben, sämtliche waren gültig; 104 fielen auf den Baurath Hoffmann in Leipzig, je einer auf den Stadtbaurath Blankenstein, den Stadtv. Salge, den Stadtv. Wohlgemuth und Bauinspektor Tondern. Baurath Hoffmann in Leipzig ist somit zum Stadtbaurath von Berlin gewählt. — In der Angelegenheit der Erhaltung des Botanischen Gartens beschloß die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, in gemischter Deputation mit ihr darüber zu berathen, ob und unter welchen Umständen der Botanische Garten als öffentlicher Park erhalten werden könne.

— Herr von Hammerstein befindet sich nach einer Auskunft, die von dem zuständigen Ministerium ausgeht, nach wie vor in Brindisi. Seine Abreise nach Berlin erfolgt am 9. Februar. Die Mittheilungen der Mehrzahl Berliner Blätter, nach denen Hammerstein über Kufstein nach München gebracht und in dem Polizeipräsidium daselbst internirt sein sollte, sind also absolut irrthümlich.

— Eine allgemeine Arbeitseinstellung haben die Malermeister Berlins laut Bericht der Streikkommission der Malergehülfen in einer am Mittwoch stattgehabten Versammlung, die von circa 2000 Arbeitnehmern besucht war, in Aussicht gestellt, sollten die Gehülfen auch nur über eine Werkstätte wegen Lohndifferenzen den Streik verhängen. In der Versammlung wurde die Ansicht laut, daß diese Maßnahme der Meister die Altgesellen, die der Bewegung bisher ferngestanden, bewegen werde, sich den Streikenden anzuschließen. Um sich die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft Berlins für den geplanten Streik zu sichern, sind die Maler der Gewerkschaftskommission, aus welcher sie vor $^3/_4$ Jahren ausgeschieden waren, wieder beigetreten. Die Forderungen der Gehülfen sind: 1. Mindeststundenlohn von 53 Pf. für Maler und Anstreicher (die Anstreicher erhielten bisher 35 Pf.), 2. Maximalarbeitsdauer von neun Stunden, 3. Auslieferung des Arbeitsnachweises in die Hände der Arbeiter. Falls bis zum 15. d. keine befriedigende Antwort der Meister eingelaufen sei, soll, nach einer gegen vier Stimmen angenommenen Resolution, in den allgemeinen Streik eingetreten werden. Eine Einladung der Maler-Innung zu ihrer heutigen Jubiläumsfeier lehnte die Versammlung ab, da die Gehülfen an einer Festlichkeit einer „reaktionären Korporation" nicht theilnehmen könnten. Einen Generalstreik haben die Sattler der Militäreffekten-Branche in einer am Mittwoch stattgehabten Versammlung in Aussicht genommen, falls die Firmen Loh Söhne und Gudde, in welch' letzterer bereits 50 Mann die Arbeit niedergelegt, die ortsüblichen Löhne nicht bewilligen sollten. Für den geplanten Streik haben die Maurer die Forderung eines Mindeststundenlohnes von 60 Pf. bei neunstündiger Arbeitsdauer aufgestellt.

— Zur Verhaftung des Freiherrn von Schorlemer wird aus Großenhain weiter gemeldet, es verlaute gerüchtweise, daß es sich um Wechselfälschungen handle, deren Gesamtbetrag nur wenig unter 80 000 Mark zurückbleiben dürfte. Die Verhaftung erfolgte am Sonnabend Nachmittag durch Gerichtsbeamte; am Montag Nachmittag ist Freiherr v. Schorlemer bereits an das Landgericht Dresden eingeliefert worden. Wie man hört, soll der konservative sächsische Landesverein die Absicht gehabt haben, ihm einen Betrag von 20 000 Mark vorzustrecken, damit es ihm ermöglicht würde, seine mißlichen Vermögensverhältnisse zu regeln, doch ist davon Abstand genommen worden, als die ungünstigen Verhältnisse v. Schorlemers vollständig bekannt wurden. Zu den von ihm Geschädigten zählen auch viele Berliner Geschäftsleute, bei denen Freiherr v. Schorlemer große Einkäufe machte, sich auch die Waaren schicken ließ, um sie so schnell wie möglich wieder zu veräußern. Auf diese Weise schädigte er einen Berliner Wagenfabrikanten um eine Kutsche im Werthe von 3000 Mark; bei einem Pferdehändler in der Luisenstraße kaufte er vier Pferde, gab Accepte auf einige Wochen, die natürlich nicht eingelöst wurden. Ebenso prellte er einen Rentier K. in der Kastanien-Allee, von dem er zwei Pferde im Oktober v. J. für 2400 Mark kaufte, gab ihm dafür Wechsel, die er nicht einlöste 2c. Freiherr v. Sch. ist 39 Jahre alt, seit 8 Jahren verheirathet und Vater von vier Kindern. Die Frau, welche von mütterlicher Seite sehr vermögend ist, hat wiederholt die Schulden ihres Mannes gedeckt, und auch neuerdings verschiedentlich mit den Gläubigern verhandelt. Als aber die Frau täglich neue Schuldforderungen ihres Mannes erhielt, lehnte sie schließlich alle Zahlungen ab. Auch soll sie die Ehescheidungsklage eingereicht haben.

= **Graz**, 7. Februar. Gestern Vormittag entgleiste ein Lastzug der Rudolfs-Bahn. Mehrere Waggons wurden zertrümmert.

○ **Madrid**, 7. Februar. Aus Alicante wird gemeldet, daß eine ungeheure Feuersbrunst in einem Lager von 44 000 Fässern Petroleum ausgebrochen ist. Einzelheiten fehlen noch, doch sind Menschenleben anscheinend nicht zu beklagen.

□ **Chicago**, 7. Februar. Der Zimmermann Klaettke, welcher vor 5 Jahren von England hier eingewandert, chloroformirte Vater, Mutter, Frau und drei Töchter, erschoß dann dieselben und entleibte sich dann selbst. Nach einem hinterlassenen Schreiben bildete bitterste Armuth das Motiv der That.

Bankwesen.

Paris, 6. Februar. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 936 505 000, Zunahme 2 079 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 240 824 000 Zunahme 2 193 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen Franks 661 503 000, Abnahme 123 711 000.
Notenumlauf Franks 3 641 607 000, Abnahme 39 414 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 551 077 000, Abnahme 41 803 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 154 234 000, Abnahme 23 829 000.
Gesamt-Vorschüsse Franks 377 462 000, Zunahme 8 166 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 2 538 000, Zunahme 459 000.
Verhältniß des Baarvorraths zum Notenumlauf 87,25 Prozent.

London, 6. Februar. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 39 947 000, Zunahme 119 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 25 449 000, Zunahme 163 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 48 596 000, Zunahme 282 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 26 552 000, Zunahme 58 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 51 046 000, Abnahme 1 321 000.
Guthaben des Staats Pfd. Sterl. 11 795 000, Zunahme 1 205 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 37 539 000, Abnahme 95 000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 14 469 000, Abnahme 214 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven $63^2/_5$ gegen $63^1/_8$ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 178 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 3 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Februar.

Wetter: Trübe. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 773 Millimeter. Wind: WSW.

Weizen ruhig, per 1000 Kilogramm loko 142,00—155,00, per April-Mai 157,50 B. u. G., per Mai-Juni 158,50 B. u. G., per Juni-Juli 159,00 B. u. G., per September-Oktober 159,00 B. u. G.

Roggen ruhig, per 1000 Kilogramm loko 121,00—125,00, per April-Mai 127,00 B. u. G., per Mai-Juni 127,50 bez., per Juni-Juli 128,50 B. u. G., per September-Oktober 129,00 B. u. G.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 112,00—118,00.

Spiritus etwas fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 33,3 bez., Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Nichtamtlich.

Petroleum loko 10,40, Kasse $^5/_{12}$ Prozent.

Berlin, 7. Februar.

Weizen per Mai 159,00 bis 158,75, per Juli 159,00 per September 159,25.

Roggen per Mai 128,00 bis 128,50, per Juli 129,25, per September 130,00.

Rüböl per Mai 47,30, per Oktober 47,50.

Spiritus loko 70er 34,60, per Februar 70er 39,60, per Mai 70er 40,10, per September 40,60.

Hafer per Mai 121,25.

Mais per Mai 93,00.

Petroleum per Februar 20,30, per März 20,30.

London, 7. Februar. Wetter: Trübe.

Berlin, 7. Februar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,00	London kurz	—,—
do. do. 3½%	105,00	London lang	—,—
do. do. 3%	99,40	Amsterdam kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	99,40	Paris kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,80	Belgien kurz	——
do. do. 3%	95,80	Berliner Dampfmühlen	122,50
do. Landescred.-B. 3½%	101,00	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	67,00
Centrallandsch.Pfdbr. 3½%	102,20	„Union", Fabrik chem. Produkte	102,20
do. 3%	96,00	Barziner Papierfabrik	162,00
Italienische Rente	84,60	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,90
do. 3% Eisenb.-Oblig.	52,50	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,50
Ungar. Goldrente	103,50	Stett. Stadtanleihe 3½%	101,90
Rumän. 1881er am. Rente	99,80	**Ultimo-Kourse:**	
Serbische 4% 95er Rente	66,00	Disconto-Commandit	217,90
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—	BerlinerHandels-Gesellsch.	156,50
Rum. amort. Rente 4%	87,25	Oesterr. Credit	236,60
Russ. Boden-Credit 4½%	104,50	Dynamite Trust	151,90
do. do. von 1880	102,10	Bochumer Gußstahlfabrik	163,60
Mexikan. 6% Goldrente	94,00	Laurahütte	155,60
Oesterr. Banknoten	168,80	Harpener	169,80
Russ. Banknoten Cassa	217,50	HiberniaBergw.-Gesellsch.	173,75
do. do. Ultimo	217,25	Dortm. Union St.-Pr. 6%	44,75
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	110,20	Ostpreuß. Südbahn	94,00
do. (100) 4%	106,60	Marienburg-Mlawkabahn	81,60
do. (100) 4%	102,50	Mainzerbahn	125,25
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	101,40	Norddeutscher Lloyd	107,70
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,40	Lombarden	43,40
Stett. Vulc.-Act. Litr. B	138 90	Luxemb. Prince-Henribahn	69,60
Stett. Vulc.-Prioritäten	147,90		
Stettiner Straßenbahn	101,50		
Petersburg kurz	—,—		

Tendenz: Fest.

Paris, 6. Februar. (Schluß-Kourse.) Träge.

	6.	5.
3% amortisirb. Rente	101,07⅓	101,20
3% Rente	102,87½	102,92½
Italienische 5% Rente	84,60	84,92½
4% ungar. Goldrente	103,00	103,00
4% Russen de 1889	102,60	102,50
3% Russen de 1891	91,90	92,00
4% unifiz. Egypten	—,—	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	61,25	60,87
Convert. Türken	21,45	21,75
Türkische Loose	112,50	113,70
4% privil. Türk.-Obligationen	466,00	468,00
Franzosen	783,75	785,00
Lombarden	—,—	240,00
Banque ottomane	575,00	577,00
„ de Paris	785,00	781,00
Debeers	680,00	675,00
Credit foncier	690,00	685,00
Huanchaca	74,00	75,00
Meridional-Aktien	605,00	603,00
Rio Tinto-Aktien	446,80	455,00
Suezkanal-Aktien	3300,00	3315,00
Credit Lyonnais	785,00	786,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	395,00	396,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 9/16	122,50
Wechsel auf London kurz	25,21½	25,21½
Cheque auf London	25,23	25,23
Wechsel Amsterdam k.	205,62	205,87
„ Wien k.	206,00	205,87
„ Madrid k.	409,25	409,50
„ Italien	8,00	8,00
Robinson-Aktien	250,00	246,00
4% Rumänier	—,—	87,95
5% Rumänier 1893	98,50	98,50
Portugiesen	25,75	25,75
Portugiesische Tabaksoblig.	485,00	483,00
4% Russen de 1894	66,25	66,25
Langl. Estat.	148,75	146,25
3½% Russ. Anl.	97,50	97,60
Privatdiskont	1½	1½

Hamburg, 6. Februar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg, per Februar 11,87½, per März 11,95, per Mai 12,10, per August 12,35, per Oktober 11,27½, per Dezember 11,22½. Stetig.

Hamburg, 6. Februar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 64,75, per Mai 63,75, per September 60,50, per Dezember 57,25. — Behauptet.

Bremen, 6. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Ruhig. Loko 6,05 B. Russisches Petroleum. Loko 6,05 B.

Amsterdam, 6. Februar. Java-Kaffee good ordinary 50,50.

Amsterdam, 6. Februar. Bancazinn 37,25.

Amsterdam, 6. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März —,—, per Mai 167,00. Roggen loko —, do. auf Termine behauptet, per März 108,00, per Mai 109,00, per Juli —,—, per Oktober 111,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Herbst 25,37.

Antwerpen, 6. Februar. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 6. Februar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17,00. Ruhig.

Antwerpen, 6. Februar. Schmalz per Januar 73,25. Margarine ruhig.

Paris, 6. Februar, Nachm. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen fest, per Februar 18,90, per März 19,15, per März-Juni 19,55, per Mai-August 19,95. Roggen ruhig, per Februar 10,90, per Mai-August 11,75. Mehl fest, per Februar 41,00, per März 41,40, per März-Juni 41,85, per Mai-August 42,85. Rüböl fest, per Februar 56,00, per März 56,00, per März-April 56,50, per Mai-August 56,25. Spiritus fest, per Februar 31,25, per März 31,75, per März-April 31,75, per Mai-August 32,75. — Wetter: Nebelig.

Paris, 6. Februar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88% loko 31,00 bis 31,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 33,12, per März 33,37, per Mai-August 34,12, per Oktober-Januar 31,62.

Havre, 6. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Februar 82,25, per März 81,25, per Mai 79,75. Behauptet.

London, 6. Februar. 96proz. Javazucker 13,62, stetig. Rüben-Rohzucker loko $11^{13}/_{16}$, fest. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 6. Februar. Kupfer. Chili-bars good ordinary brands 44 Lstr. — Sh. — d. Zinn (Straits) 60 Lstr. 12 Sh. 6 d. Zink 14 Lstr. 17 Sh. 6 d. Blei 11 Lstr. 7 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 47 Sh. 2 d.

London, 6. Februar. Chili-Kupfer $44^1/_{16}$, per drei Monat $44^7/_{16}$.

Glasgow, 6. Februar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. 11½ d.

Newyork, 6. Februar. (Anfangs-Kours.) Weizen per Mai 73,87. Mais per Mai 36,62.

Newyork, 6. Februar, Abends 6 Uhr.

	6.	5.
Baumwolle in Newyork	8,25	8,25
do. in Neworleans	7,87	7,87
Petroleum Rohes (in Cases)	8,60	8,60
Standard white in Newyork	7,60	7,60
do. in Philadelphia	7,55	7,55
Pipe line Certificates	166,50	167,50
Schmalz Western steam	5,90	5,90
do. Lieferung per Februar	—,—	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	3,50	3,50
Weizen kaum behauptet.		
Rother Winter- loko	83,12	82,75
per Februar	74,87	74,50
per März	75,87	75,50
per Mai	73,62	73,25
per Juli	73,12	72,50
Kaffee Rio Nr. 7 loko	13,00	13,00
per März	12,25	12,35
per Mai	11,70	11,80
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,80	2,80
Mais behauptet, per Februar	37,00	37,00
per März	—,—	—,—
per Mai	36,75	36,50
Kupfer	10,40	10,25
Zinn	13,30	13,40
Getreidefracht nach Liverpool	2,75	3,00

Newyork, 6. Februar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 52 000, do. nach Frankreich 2000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 29 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 25 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents —,— Qtrs.

Chicago, 6. Februar.

	6.	5.
Weizen kaum beh., per Februar	65,50	65,37
per März	—,—	—,—
Mais beh., per Februar	28,12	27,87
Pork per Februar	10,37	10,25
Speck short clear	5,35	5,35

Woll-Berichte.

Bradford, 6. Februar. Wolle stetig, Merino ruhiger, Croßbreds kaum behauptet, englische Wolle belebt; Garne ruhig; in Stoffen ist der Bedarf für Amerika schwach, für das Inland herrscht dagegen mehr Geschäft.

Wasserstand.

* **Stettin**, 7. Februar. Im Revier 5,62 Meter = 17' 11".

Telegraphische Eisberichte.

Memel, 7. Februar. Seetief von Schmelz seewärts eisfrei.

Pillau, 7. Februar. Haffschifffahrt geschlossen.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 7. Februar. (Privat-Telegramm.) Die heutige „Kölnische Zeitung" erhält aus Havanna eine Zuschrift, welche das entsetzliche Elend auf der Insel schildert. Man glaubt, die Entscheidung würde baldigst zu Ungunsten Spaniens erfolgen. Die Stärke des Revolutionsheeres, welches musterhaft disziplinirt ist, nimmt stetig zu. Auf Maximo Gomez ist jüngst ein Mordanschlag unternommen, der Attentäter wurde erschossen. General Weyler sei bei den Kubanern wegen früherer Grausamkeiten verhaßt, das Schlimmste erwartbar.

Rom, 7. Februar. Die Fehde zwischen den französischen und italienischen Blättern, betreffend die Waffensendung Frankreichs an Menelik, die von der französischen Station Djibuli aus abgegangen sein soll, besteht fort. In einem sehr heftigen Artikel und in sehr gereiztem Tone bespricht die „Capitale" eine diesbezügliche Nachricht der „Riforma" und sagt: Wenn wir heute Völkern in Afrika gegenüberstehen, die statt mit Lanzen und Schildern, mit Repetirgewehren und Schnellfeuer-Kanonen, sowie mit Mitrailleusen bewaffnet sind, so ist das die Schuld Frankreichs.

Sofia, 7. Februar. Hier herrscht in Folge der im Laufe des gestrigen Tages aus Petersburg eingetroffenen offiziellen Nachrichten großer Jubel. In Regierungskreisen wird versichert, daß, falls wie bestimmt vorauszusehen, der Sultan die Anerkennungsfrage bei den Vertragsmächten in Anregung bringen werde, Rußland derselben sofort zustimmen werde.